

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reflektant 30 Pf.

### Von der Cholera.

Berlin, 9. September. Das Ministerium des Innern hat im Verein mit dem Kultusministerium einige Anordnungen zur Verhütung der Weiterbreitung der Cholera erlassen, deren wesentlichen Inhalt wir hier nachfolgend veröffentlichen. Zunächst soll die rechtzeitige Meldung von Cholerafällen so viel als möglich durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke ist das Formular einer Meldebarte entworfen und an jedem von der Cholera befallenen Orte in genügender Anzahl zur Verfügung gestellt worden. Diese Meldebarten können von Ärzten und allen sonst meldepflichtigen Personen von den betreffenden Polizeibehörden unentgeltlich in Empfang genommen werden. Das bisher gebräuchliche Schema für die Zusammenstellung der Cholerafälle ist in einigen Punkten abgeändert, auch sind die Termine zur Einreichung der für das Reichsgesundheitsamt bestimmten Wochenanzeigen anders geregelt worden. Von großer Wichtigkeit ist ferner die Ueberwachung des Eisenbahnverkehrs. Die auf den Eisenbahnstationen befindlichen Ärzte sollen in der Regel nur dann eingreifen, wenn ihre Hilfe seitens erkrankter Passagiere verlangt oder wenn ihnen Krankheitsmeldungen gemacht werden. Das Eisenbahnpersonal soll dagegen auf jeden choleraverdächtigen Passagier achten, nötigenfalls die erste Hilfe gewähren und die Ueberführung in ein Krankenhaus auf der nächsten Station veranlassen. Die Eisenbahnbeamten werden demnach mit den entsprechenden Anweisungen versehen werden. Die Zugführer müssen durch als halbtägige telegraphische Benachrichtigung die unmittelbare Abnahme des Kranken aus dem Zuge selbst seitens der Krankenhausverwaltung, der Polizei- oder Medizinalbehörde an dem Ausladungsorte vorbereiten. Es muß verhütet werden, daß choleraverdächtige Passagiere auf anderen Stationen, als an den für die Uebergabe Erkrankter bestimmten, die Züge verlassen. Eine besondere Ueberwachung der aus Choleraorten nach noch nicht verfahrenen Orten Reisenden muß plangreifen; es kann bei diesen Personen eine Desinfektion ihres Gepäcks, sowie eine Ueberwachung während der Zeit der Anstellungsgesamtheit am Orte sein. Auf den Fußboden muß die größte Aufmerksamkeit verwendet werden. Die Schiffsbesatzung muß auf das eindringlichste vor der Benutzung des unfiltrierten Flußwassers zum Trinken und Waschen gewarnt werden. Mit dem größten Eifer müssen die Ortsbehörden bestrebt sein, die Anstichstellen der ersten Cholerafälle zu erforschen, um dadurch eine Weiterverbreitung des Ansteckungsstoffes womöglich zu verhindern. Auf Grund der neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse haben sich die Staatsbehörden zu einer völligen Neubearbeitung des Desinfektionsverfahrens veranlaßt gesehen. Um die Bevölkerung zu beruhigen und gleichzeitig die Möglichkeit eines gesicherten Schutzes gegen die Ansteckungsgefahr zu gewährleisten, soll eine im Reichsgesundheitsamt vorbereitete, kurz und allgemein verständlich abgefaßte Anweisung über das Verhalten während einer Choleraepidemie unter die breiten Massen des Volkes zur Verteilung gelangen. Nach der Ueberzeugung sowohl der Reichsverwaltung als der Reichskommissionen läßt sich die über Deutschland heimgesessene Seuche nur durch ein einheitliches, zielbewusstes Vorgehen an allen Orten wirksam bekämpfen. Diese ministeriellen Anordnungen sind an sämtliche Regierungspräsidenten gerichtet, welche alle erforderlichen Veranlassungen sofort zu treffen und über die Ausführung der Anordnungen binnen 14 Tagen zu berichten haben.

Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung beschloß sich mit der bekannten Magistratsvorlage betreffend die Bewilligung von Mitteln aus Anlaß der Choleraepidemie. Es entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, in der namentlich der sozialdemokratische Stadtverordnete Jädel eine Anzahl Wünsche (Unterstützung des Oberlaufes der Spree u. s. w.) zum Ausdruck brachte. Professor Virchow gab hinsichtlich des Gesundheitszustandes dieselben beruhigenden Erklärungen wie am Mittwoch in der medizinischen Gesellschaft ab, ersuchte jedoch die Fußgänger wie auch die Radesfahrer scharf zu überwachen und wies darauf auf einen solchen gelungenen Vorfall hin, daß der Direktor des Moabiter Krankenhauses, alle Baracken innerhalb 10 Minuten bacillenfrei zu machen. Nachdem dann noch Stadtverordneter Spindler betont, daß alle Maßregeln, welche Staat und Stadt getroffen, vollkommen ausreichend seien, wurde die Magistratsvorlage angenommen.

Der Magistrat von Berlin hat an den Minister des Innern das dringende Ersuchen gerichtet, der Stadtgemeinde Berlin aus Anlaß der Choleraepidemie bezüglich der von ihr zu bestellenden Personen das Recht der Feuerbestattung sofort zu gewähren. Es soll sich zunächst, dem „V. L.“ zufolge, nur um die Leichen nicht regungslos und solcher Personen handeln, bei denen die Angehörigen die Feuerbestattung wünschen oder derselben nicht widersprechen. Vorausgesetzt ist, daß bei diesen Leichen entweder auf Requisition der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder des Untersuchungsrichters die amtliche Todesermittlung stattgefunden hat, oder daß die Leiche laut amtlicher Section in einem königlichen bzw. städtischen Krankenhaus oder in der königlichen Anatomie bewahrt worden ist. Motiviert ist die Forderung u. A. auch damit, daß die Feuerbestattung von der Kommune Paris seit fünf Jahren mit politischer Zustimmung zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten auf dem Kirchhof Père Lachaise gehandhabt wird, daß dort insbesondere sämtliche von der Stadt zu bestellende Choleraleichen verbrannt werden. Auch wird betont, daß auf Anordnung der englischen Polizeibehörden sämtliche Choleraleichen in England während der jetzigen Choleraepidemie bis jetzt sofort ausnahmslos verbrannt worden sind.

Der „Reichsanz.“ schreibt: „Die wenigen bisher in Berlin eingeschleppten Cholerafälle haben, wie amtlich festgestellt worden ist, den Ausbruch der Epidemie nicht zur Folge gehabt. Diese Fälle sind, bis auf einen einzigen, neuerdings festgestellten Einzelfall, nach sorgfältigen Beobachtungen jetzt als befeitigt anzusehen. Nichtsdestoweniger werden selbstverständlich die gegen die Einschleppung und Weiterverbreitung der Cholera getroffenen Maßnahmen in unverminderter Wirksamkeit erhalten werden. Jedenfalls aber steht fest, daß zur Zeit von einer in Berlin herrschenden Cholera-Epidemie nicht die Rede sein kann.“

Greifswald, 8. September. Die Angehörigen des hier zugereisten und an der Cholera verstorbenen Matrosen Brandenburg, welche sich seit Donnerstag voriger Woche in der Hofbaracke des hiesigen Universitäts-Krankenhauses befinden, sollen entlassen werden; nur der Bruder des Verstorbenen, der mit demselben in einem Bette geschlafen, soll noch einige Tage isoliert bleiben. Sämtliche Personen sind gesund.

Hamburg, 8. September. (W. T. V.) Im „Hamburgischen Korrespondenten“ veröffentlicht Physikus Dr. Erman einen längeren Aufsatz über die Frage nach dem Ursprunge der Choleraepidemie in Hamburg. In dem Aufsatz wird ausgeführt, daß bis zum 25. August im Auswandererschuppen überhaupt keine choleraverdächtige Erkrankung vorgekommen, der von Geheimrath Dr. Koch behauptete Ausgang der Seuche von jenem Schuppen daher unmöglich sei.

Dem Ausbruch für die Notleidenden sind neuerdings 200,000 Mark zugegangen.

Hamburg, 8. September. In Veranlassung der schweren Heimtuch, von welcher unsere Stadt betroffen, wird jetzt zweimal wöchentlich Abendgottesdienste in der großen Michaelskirche abgehalten werden.

Auf Anordnung des Reichsgesundheitsamtes traf eine Anzahl Militärärzte und Lazarethgehilfen zur Hilfeleistung hier ein.

Arbeitslose fremde Arbeiter wandten sich an die Behörde behufs ihrer Zurückbeförderung in die Heimath.

Die beim Seemannshaus neu erbauten Choleraarabden werden im Laufe des morgigen Freitags in Benutzung genommen werden, falls es notwendig erscheint.

Die von anderer Seite gebrachte Mittheilung, daß Direktor Reitz nach Berlin abgefahren sei, ist nicht richtig.

Die Gesamtzahl der gestern hier an der Cholera Gestorbenen wird vom Standesamt auf 315 angegeben.

Das Notstandscomité in Altona zieht ebenfalls die Fäden der Sozialdemokratie zur Ermittlung der Notleidenden heran.

Paag, 8. September. (W. T. V.) Der Bürgermeister hat wegen der Choleraepidemie die Abhaltung des Meetings, welches zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts unter freiem Himmel stattfinden sollte, verboten.

### Deutschland.

Berlin, 9. September. Der Kaiser hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz folgenden Erlaß gerichtet:

„Nachdem die Cholera von dem Auslande her auch in unserm Vaterlande Eingang gefunden hat und da die Anwesenheit großer Menschenmassen besonders geeignet ist, die Epidemie zu verbreiten, so habe Ich in landesväterlicher Fürsorge angeordnet, daß die diesjährigen großen Manöver des 8. und 16. Armeekorps im Hinblick auf die damit für die Truppen und die Bevölkerung verbundene Gefahr nicht stattfinden. So befehle Ich Euch, Euch gegenwärtig, bei diesem Anlaß wiederum die Rheinprovinz zu besuchen und mit einem Theile ihrer treuen Einwohnerchaft in nähere Verbindung zu kommen, so muß Ich Euch diese hohe Freude für jetzt versagen. Ich theile es aber in der zureichenden Hoffnung, daß Meine Entschließung mit Gottes Hilfe dazu beitragen wird, ein weiteres Umsichgreifen der verheerenden Seuche zu verhindern. Sie wollen diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntniß bringen.“

Marmor-Palais, den 5. September 1892.  
Kaiser Wilhelm R.

An den Oberpräsidenten der Rheinprovinz.  
Ein gleichlautender Erlaß ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, mit einer entsprechenden Veränderung an den Statthalter der Reichslande Fürsten zu Hohenlohe ergangen.

Die Grundsteinlegung der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche im Thiergarten, an der Einmündung der Fehling in die Händelstraße, findet auf Anordnung des Kaisers am Geburtstage des hochseligen Kaisers, dem 18. Oktober d. J., in besonders feierlicher Weise, d. h. auch mit militärischen Ehren, ähnlich wie bei der Grundsteinlegung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, statt. Der Kaiser wird die Feier selbst leiten und die Namensverleihung aussprechen. Die Kirche dieser neuen Gemeinde im Thiergartenfeld ist zur Zeit noch im Bau und unter städtischem Patronat stehenden Dorothienstädtischen Kirche. Sie wird aber patronatsfrei werden. Von den städtischen Behörden wird ein Zuschuß zu den Bau- und Ausstattungskosten von 50,000 Mark erwartet.

Der neuernannte Votschaster am spanischen Hofe Herr von Radonitz, der seit einiger Zeit in Berlin verweilt, reist in den nächsten Tagen auf seinen Posten nach Madrid ab. Einmal wird der Votschaster nur von einem Mitgließe seiner Familie begleitet, während seine übrigen Angehörigen erst im Frühjahr nach Madrid folgen werden. Dem Votschaster dürfte bald nach Uebernahme der Geschäfte die Aufgabe erwachsen, die Verhandlungen bezüglich des deutsch-spanischen Handelsvertrages wieder aufzunehmen, welche vor längerer Zeit vertagt worden sind.

Unter dem Einbruch der Choleraepidemie ist die Forderung nach einer einheitlichen Regelung der Maßnahmen zur Abwendung der Seuchengefahr wieder stärker hervorgetreten. Um so bedauerlicher müßte es erscheinen, wenn es sich befähigen sollte, daß schon die ersten Versprechungen über die Angelegenheit zu dem Ergebnis geführt haben sollten, daß an eine einheitliche Regelung für das Reich aus partikularen Gründen nicht zu denken sei. Bei keiner Frage muß die Berufung auf Grenzpolizeiinteressen so thöricht erscheinen wie bei dieser; denn die Seuche kümmert sich bei ihrer Verbreitung nicht um die Farbe der Grenzpfähle. Um zu erkennen, wie notwendig eine neue und einheitliche Regelung der gesundheitspolizeilichen Rechtsvorschriften ist, muß man sich vergegenwärtigen, daß diese in Preußen in der Hauptsache noch immer auf dem im Jahre 1835 erlassenen sanitätspolizeilichen Regulativ beruhen. Nur die Sondervorschriften über die Cholera haben durch Erlasse des Ministers der Medizinalangelegenheiten in den Jahren 1883 und 1884 eine Ergänzung erfahren. Seit dem Jahre 1835 aber sind auf allen Gebieten der Medizin, insbesondere aber auf dem Gebiete der Hygiene die wichtigsten Fortschritte gemacht worden. In dem Reichsgesundheitsamt haben wir bereits die Zentralbehörde, an die sich die Ge-

sundheitsbehörden für das Reich angliedern könnten. Alle vermeintlichen Gefahren, die sich aus der Möglichkeit von Ueberschritten dieser Reichsgesundheitsbeamten in die Rechte der Einzelstaaten ergeben könnten, müssen weit zurücktreten hinter die Gefahren, die eine partikuläre Regelung der gesundheitspolizeilichen Vorschriften mit sich bringt. Oesterreich hat sein Gesundheitswesen im Anschluß an die preussische Organisation, die auch von den meisten deutschen Einzelstaaten übernommen ist, durch Reichsgesetz vom 30. April 1870 geregelt. Auch die französische Zentralbehörde (comité consultatif d'hygiène publique, reorganisiert durch Dekret vom 30. September 1884) schließt sich an die deutschen Einrichtungen an. Es müßte wirklich sonderbar zugehen, wenn sich in Deutschland selbst nicht ein einheitliches Seuchengesetz erreichen lassen sollte, zumal da die Gesundheitsgesetzgebung der meisten Staaten jetzt schon in der Hauptsache übereinstimmend ist.

Der durch kaiserlichen Erlaß vom Oktober 1890 errichtete Kolonialrath hat seine erste Sitzungsperiode hinter sich. In der gleichzeitigen Verfassung des Reichstages wurde im § 3 bestimmt: Die Ernennung der Mitglieder erfolgt für je eine Sitzungsperiode des Reichstages. Die Zeitdauer dieser Perioden beträgt ein Jahr. Seitdem hat die Körperschaft dreimal getagt, nämlich Anfang Juni und Ende Oktober 1891, sowie Ende April 1892. Die Ernennung der Mitglieder erfolgt durch den Reichstagspräsidenten. Die Mitglieder werden durch die Landesparlamente oder in der Schlußperiode durch die Landesparlamente ernannt. Die Mitglieder werden durch die Landesparlamente ernannt. Die Mitglieder werden durch die Landesparlamente ernannt.

Die geplanten Veränderungen im Eisenbahnwesen, die u. a. auch die Betriebsämter und die Direktoren in tief einschneidender Weise treffen sollen, werden voraussichtlich mannigfache Veränderungen in den oberen Beamtenstellen mit sich bringen. Wie es heißt, soll der Ministerialdirektor Schneider demnach aus dem Staatsdienst ausscheiden und als Nachfolger in der Leitung der Staatsbahnen der Geh. Oberbaurath August Schröder erhalten. Der letztere, Baummeister seit 1864, wurde 1873 Eisenbahnbaupraktiker, 1877 Regierungsrath, 1878 Geh. Bau- und vortragender Rath im Arbeitsministerium. Auch bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen soll ein Personalwechsel bevorstehen, wonach Geh. Oberbaurath Oberst aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten auf einen besonders wichtigen Posten berufen werden soll. Aus diesen überaus wichtigen Vorgängen wird im nächsten Heft der Schluss gezogen, daß es sich bei der Eisenbahnverwaltung um einen Systemwechsel handelt.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wählerereien des Klerus und der Jesuiten in Ungarn in Bezug auf die Frage der Führung der Kaufmännischen Schulen im Stillen fort und drohen den konfessionellen Frieden der fast 4 Millionen Protestanten im Lande zu gefährden. In dieser Maulwurfsarbeit wurden die Herren durch die Rede Koloman von Tisza's etwas gestört, der bei der Feier seines 25jährigen Jubiläums als Oberbaurath des evangelischen reformierten Kirchenbistums jenseits der Donau seine warnende Stimme gegen die Störer des Religionsfriedens erhob und die Staatsgewalt gegen dieselben anrief. Glücklicherweise ist die liberale Partei in Ungarn noch mächtig genug, den Geist der konfessionellen Unbilligkeit zu bannen. Aber gefährlich erscheint die Situation immerhin, weil der neue Fürst Primas von Ungarn, der einflussreiche Benediktinerabt Vaszary, von dessen Ernennung man sich so viel für die Wiederherstellung des Friedens zwischen Katholiken und Protestanten verspricht, sich selbst an die Spitze der Bewegung gestellt hat, welche der niedere Klerus in Ungarn angestellt, um die Herrschaft der katholischen Kirche den Protestanten im Lande sichtbar zu machen. In Ungarn bilden die Protestanten eine große politische Macht, die sich nie vor der katholischen Hierarchie gebeugt hat, und die Regierung wird sich hüten, durch allzu große Nachgiebigkeit gegenüber dem katholischen Klerus in der Frage der sogenannten Weglaufen den drohenden Religionskampf zu entfachen. Koloman Tisza, als Führer der ungarischen Protestanten, hat gewiß nicht ohne triftigen Grund die Zukunft als gefährlich bezeichnet. In Rom weigert man sich, den Wünschen der ungarischen Regierung auf Nachgiebigkeit in der Marienfrage zu entsprechen, der gesammte katholische Klerus im Verein mit dem kirchlichen Hochadel plant, die konfessionelle Frage ins Parlament zu bringen, so wird es der vollen Energie der Regierung und der ihr zu Gebote stehenden liberalen Partei bedürfen, um dem in der Herbstsession des Reichstages losbrechenden Sturm zu begegnen.

Belgien.

Brüssel, 7. September. Anfang Oktober treten die Anschläge der beiden gescheiterten Körperschaften wieder zusammen, um die Verfassungsdurchsicht vorzubereiten. Gegenwärtig vertheilen Senatoren und Abgeordnete darin, Anträge für die Ausschussberatungen einzubringen. Als besonders eigenartig verdient ein Antrag der vorläufigen Abgeordneten Dufrane, Lemonnier und Michals, welcher der frühwöchentlichen Sitzung der belgischen Volksvertreter ein Ziel setzen soll, Erwähnung. Nach demselben soll jeder Senator und Abgeordnete 25 Fr. Entschädigung für jede Senats- und Kammerung erhalten, dazu freie Eisenbahnfahrt zwischen dem Wohnsitz und Brüssel.

### Frankreich.

Paris, 6. September. Baron Mohrenheims Erklärung über die Anstaltungen der „Libre Parole“ werden unumwogen günstig in der Presse beurtheilt, als der Votschaster eine gewisse Mißachtung gegen die Presse zur Schau tragen will, er, der, wie man hier sagt, das ganze Jahr nicht viel mehr that als jouer de la presse. Wenn ein Diplomat sich erlaubt, Mißachtung gegen die Presse zur Schau zu tragen, so soll er sich auch derselben nicht bedienen wollen; einen Widerspruch darin mag man von einem Bismarck hinnehmen, aber Herr v. Mohrenheim kennt wohl das entsprechende lateinische Sprichwort. Wenn vor Kurzem Mohrenheim etwas an die große Glocke hängen wollte, fand sich immer ein Berichterstatter, der ihn zufällig interviewte hatte. Uebrigens hat Mohrenheim in den schönen Tagen von Val d'Aix bereits ganz vergessen, was er dem „Gaulois“ mitgeteilt hatte, denn jetzt läßt er dem „Matin“ schon wieder eine Mittheilung zustellen. Damit die braven Franzosen, die von der öffentlichen Meinung in Rußland etwas halten, über deren Auffassung von der Sache unterrichtet werden, heißt es, sämtliche in Aix anwesende Russen seien empört über die freche Sprache der „Libre Parole“, und der Zar habe das Auftreten seines Votschasters vollständig begünstigt.

Paris, 8. September. Von der russischen Meldung über den Vertrag der Firma Gail mit Serbien, betreffend Geschüßlieferungen, ist nichts bekannt.

### Italien.

Genua, 8. September. Das Eintreffen des königlichen Geschwaders von Spezia wurde um vier Stunden verzögert, ohne daß sich die Gebude der Behörden und vieltausendköpfigen Menge erschöpfte. Schon um 1/12 war das Offizierscorps unter Empfangspavillon am Kolombusquai verammelt, wo bald auch die Stadtvertretung, die Damen der Aristokratie, der Präfect, die Präsidien des Senats und der Kammer, Konularcorps u. s. w. eintrafen, denen durch die glänzenden berittenen Gardien, eine Ehrencompagnie des 30. Regiments und bewaffnete Vertretungen der Schulkolonne die militärischen Ehren erwiesen wurden, während die städtische und die Pompiermusik spielten, der Volkslauf war ungeheuer, die Stimmung überaus begeistert. Thatsächlich hat Genua seit Menschengedenken keine ähnlichen Tage, niemals ein ähnliches Dafschauspiel gesehen, Hunderte von Schiffen und Booten, die meilenlangen Quais und Uferstreifen, die terrassenförmig aufsteigenden Straßen im Westen erscheinen schwarz vom Menschengewimmel, welches nicht wußt, obwohl zeitweilige rasche Seemühschleier und Hitze mißhandelten und selbst das Zeitbad und das Platzplatzenschmuck des Empfangspavillons zersausten. Allen Angaben zufolge sollte die Ankunft Mittags erfolgen. Stunden verrannen; erst gegen drei Uhr signalisirte der Präsidentenpavillon, Geschwader in Sicht! Dampfer Kanonade ließ sich vom hohen Meere hören; lieberhafte Erregung ergriff die Menge, als weit brausen die Panzerkolosse als blaue Schattengebilde auftauchten und sämtliche fremde Schiffe gleichzeitig Gräße bonneten. Dies wiederholte sich, als die königliche Yacht „Savoja“, die dunkelblaue Königsflagge am Hauptmast trug, den anbreitenden Voran, langsam vor den fremden Panzern vorbeisagte und 200 Schritte vom Pavillon vor Anker gegangen war. Es war ein überaus glänzender Vorgang; die Mannschaften auf den Raizen riefen „Gloria“, das Publikum, wie außer sich, schwenkte Tücher und rief „Gloria“ im Wettstreit mit dem Geschüßdonner und Pulverrauch, durchsicht von Feuerblitzen. Punkt vier Uhr ging die Königsflagge von „Savoja“ herab und erschien am Vortreib der sechzehnkrügerigen weißen mit braunem Sammet ausgeschlagenen Königsbarke, welche sich rasch der Landungstreppe näherte. Mit Würde wurde die Bahn von herandrängenden Voten freigehalten, Blumen wurden ins Wasser und auf die Landungstreppe geworfen; der König half der Königin beim Aussteigen, beide hatten ein vorzügliches Aussehen und beste Stimmung, und unterhielten sich zehn Minuten mit gewohnter Feinheit und Lebenswürdigkeit mit den Damen und angesehenen Persönlichkeiten, um dann mit dem Kronprinzen und dem Bürgermeister in die Hofwagen zu steigen. Auf der Fahrt nach dem Schloß und nach Anstich baldst fertigten sich die Ehungen, welche fortan, während lunch und alles vergoldend die Abendsonne wieder durchbricht.

Vernona, 6. September. Der Jubel der Feste in Genua ist getrübt worden. Italien hat gestern einen der besten Söhne aus seinen Unabhängigkeitskämpfen durch den Tod verloren. General Enrico Cialdini, Herzog von Gaeta, ist, 61 Jahr alt, hier gestorben. Zu Castelfranco in Modena 10. August 1811 geboren, studierte der Klingling Philosophie und Medizin, griff aber schon 1831 für die Freiheit seines Vaterlandes zu den Waffen. Der zwanzigjährige betheiligte sich am Aufstand in der Romagna, mußte dann flüchten und nahm in Paris, wo er später Votschaster des geeinigten Italiens war, unter harten Entbehrungen seine Studien wieder auf. Später kämpfte er unter Dom Pedro in Portugal, dann in Spanien gegen die Karlisten. Aus spanischen Diensten trat er 1843 in die der provisorischen Regierung in Mailand, wurde verwundet und gefangen, foßt aber 1849 wieder unter piemontesischer Fahne gegen Oesterreich. 1855 kommandierte er eine Brigade des piemontesischen Heeres in der Krim. 1859 kommandierte er eine Division, rückte später in die Romagna ein und foßt 1860 die päpstlichen Truppen unter Lamorticiere bei Castelfranco. Als die regulären Truppen den Freihaaren Garibaldi's in das neapolitanische Gebiet folgten, erzwang Cialdini die Kapitulation von Gaeta und erwarb sich seinen Herzogstitel. Im Jahre 1866 kämpfte er aufs neue am Po. Ein Nachspiel dieser Kämpfe war seine literarische Fehde mit La Marmora. 1876 wurde der berühmte General als Votschaster nach Paris gesandt. Auch dort war er bald beliebt, aber er ließ sich in der tunesischen Frage dupiren und deshalb erfolgte im Jahre 1881 seine Rückberufung. Sein diplomatisches Mißgeschick werden ihm seine Landsleute verzeihen, seine Tapferkeit, seine Vaterlandsliebe, seine Dienste für die Einheit und Unabhängigkeit Italiens werden doch in dankbarer Erinnerung bleiben.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 6. September. Die im

### Stifte Bergen stattgeben großen Feldübungen.

deren Verlauf man im Lande mit Spannung verfolgte, haben dargezogen, daß die norwegischen Truppen keineswegs den Forderungen entsprechen, die man an eine Armee der Neuzeit stellen muß, und daß viel neu zu gestalten übrig bleibt. Besonders läßt sich nicht unschwer erkennen, daß die norwegische Landwehr, nach den hier zur Verwendung gekommenen Mannschaften zu urtheilen, einer gelbten Truppe gegenüber kaum von neuemworbem Nutzen sein kann. Was Bewaffnung, Ausrüstung und Bekleidung der Infanterie betrifft, so ist diese als nichts weniger denn zweckmäßig und sachgemäß zu bezeichnen, und der Train würde in seiner gegenwärtigen Form in einem Kriege wenig Ersprießliches leisten, da es hier an geübtem Fahrpersonal fehlt; die Gewehre der norwegischen Armee sind schwer; als Magazingewehre erfordern sie viele Patronen und diese bilden auf Grund des großen Kalibers ein zu großes Gewicht, und doch kann man die Soldaten nicht mit mehr Patronen beladen, wie es jetzt bei Übungen von kurzer Dauer der Fall war. Bei der Art des Terrains ist für den norwegischen Soldaten die Beweglichkeit ein Haupterfordernis und diese wird gerade durch Padung, Kleider, Schutzhelm, gepumpt, und ein Hauptmangel ist die Uebung der Truppen im Terrain. Um die norwegische Armee zu einer brauchbaren Kriegstruppe zu machen, ist eine gründliche Aenderung in der Ausrüstung und Bekleidung nötig, und ebenso haben die nun abgeschlossenen Feldübungen vor Augen geführt, wie notwendig diese sowohl für Mannschaften wie Offiziere sind, während andererseits zu erwähnen ist, wie gerade der Norweger bei guter Ausbildung einen vorzüglichen, große Strapazen überwindenden Soldaten abgeben kann.

### Großbritannien und Irland.

Auf dem zur Zeit in Glasgow tagenden Kongresse der englischen Gewerkevereine hielt der erwählte Präsident Hobday, der Vorsitzende des Gewerkevereins, seine Antrittsrede:

Es sei ein erfreuliches Zeichen, meinte er, daß Politiker, Presse und Volk jetzt den Emanzipationsbestrebungen des vierten Standes größere Aufmerksamkeit schenken, als ehemals. Die Gewerkevereine hätten sich in Folge ihrer Mäßigung und ihrer Erfolge in der Forderung der sozialen Zustände selbst bei den früheren Segnern Achtung errungen. Jahr für Jahr würde der Kongress mehr der Mittelpunkt der Erörterung der sozialen Reformen. Die Gewerkevereine erweiterten allmählich mit Recht ihre Bestrebungen: sie suchten die unorganisirten Arbeiter unter die Kämpfer anzureihen, in maßvoller Weise auch politische Macht zu erlangen und die Gründung von Produktivgenossenschaften zu begünstigen. Ein doppelter Fluch liege auf England: Armuth und Trunksucht. Die letztere sei häufig die Ursache der ersteren. Er fügte hinzu, daß viele Armuth auch von der ungleichen Verteilung des durch die Arbeit geschaffenen Reichthums herrühre. Es sei ja etwas gethan, um die Klust zu verengen, das meiste aber sei noch zu thun übrig, ehe die Armuth auf ein Minimum gesunken sei. Gesellschaftliche und sittliche Reform, Schaffung eines Gegengewichts gegen die Kräfte, die den gesunden Wohlstand des Volkes: Alles das würde in seiner Weise dazu beitragen, daß bessere Zustände kämen. Heute trete die öffentliche Meinung mehr und mehr dafür ein, der Arbeit einen gerechten Antheil am Geschicksschicksal zu gewähren. In jeder Beziehung sei es nur zu wünschen, das Arbeitsverhältniß schiedsgerichtlich beigelegt würden. Die Gewerkevereine würden hoffentlich für Frauen nicht weniger thun, als sie für Männer schon gethan hätten. Darauf begann der Redner seinen Standpunkt dem Sozialismus gegenüber darzulegen. Viele sozialistische Gedanken, meinte er, wären theoretisch richtig, aber zur Zeit unerreichbar. Andererseits würde wohl Mandes, was jetzt utopisch erscheine, allmählich erreicht werden. Böttliche Gleichheit werde wohl allerdings auf dieser Erde auf immer eine Utopie bleiben. Eisenbahnen und Land müßten Staatsgüter werden. Die letzten Parlamentswahlen hätten die politische Macht der Arbeiter gezeigt. Aber nicht genug sei davor zu warnen, die Gewerkevereine politischen Intrigen zu öffnen. Wollte man eine eigene Arbeiterpartei gründen, so habe dieselbe besser nichts mit den Gewerkevereinen zu thun. Andernfalls würde mit Sicherheit die Auflösung der Gewerkevereine die Folge sein. Die brennende Frage der Arbeiterbewegung bilde der Achtungsbund. Die Meinungen seien geteilt, ob derselbe durch Gesetz oder durch die Macht der Gewerkevereine zu erlangen sei. „In dieser Kontroverse ordnen diejenigen, welche für den gesetzlichen Normalarbeitstag sind, dieser Frage alle übrigen Reformen unter. Und doch ist die Erlangung des Achtungsbundes, einerlei wie er erlangt ist, nur der Zipfel der Arbeiterfrage. Vom ökonomischen Standpunkt betrachtet, bildet sie nur einen winzigen Bruchtheil der Lösung des sozialen Problems. Selbst ein allgemeiner achtstündiger Arbeitstag würde nur wenig beitragen zur gleichen Verteilung der Ergebnisse der Arbeit. Die Sache befindet sich jedoch zur Zeit in embryonalem Zustande. Persönlich bin ich für den gesetzlichen Arbeitstag, aber ich will ihn nicht Gewerkevereinen aufzwingen, welche auf Grund lebenslänglicher Erfahrung behaupten, daß er für sie nicht durchführbar ist.“ Zu sehr scharfer Weise sprach sich schließlich der Präsident des Kongresses gegen die Einwanderung völlig mittellose Ausländer aus. Ganze Gewerte, wie das Schneidergewerk, seien durch diese Leute ruiniert worden. „England darf nicht länger das Asyl des europäischen Pauperismus sein.“

London, 8. September. Der Arbeiterkongress beschloß in seiner heutigen Sitzung die baldige Einberufung eines internationalen Kongresses, der sich hauptsächlich mit Einführung des allgemeinen Achtundtags zu beschäftigen haben sollte, er sprach sich ferner zu Gunsten der Verstreitung der Kosten der Parlamentswahlen aus der Staatskasse aus und verwarf die von einzelnen Mitgliedern beantragte Beschränkung der Einwanderung fremder Arbeiter, um die Arbeiterkreise des Kontinents nicht vor den Kopf zu stoßen.

London, 8. September. Die Beilehnung des Erzbischofs von Westminster, Dr. Vaughan, mit dem Pallium hat ein Nachspiel gehabt. In dem Eide, den der Bischof zu leisten hatte, fehlte der sogenannte Verfolgungsparagraph, welcher es dem Palliaten zur Pflicht macht, die „Dröckere



